

Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 64 (1991)

Heft: 4

Artikel: Verantwortungslose sozialdemokratische Politik

Autor: Brunner, Dominique

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-519656>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Schatten des Golfkrieges und der sowjetischen Krise

Auch primär innenpolitisch motivierte Vorstösse mit absehbaren und gewollten Auswirkungen auf Stellung, Einfluss und Selbstbehauptungsfähigkeit eines Landes sollten die aussenpolitischen und strategischen Rahmenbedingungen doch irgendwie berücksichtigen, sollen deren Autoren ernst genommen werden können. Geht man von der eben ausgesprochenen Selbstverständlichkeit aus, so kann man aus dem Beschluss des jüngsten Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz betreffend unsere Armee nur den Schluss ziehen, diese Leute könnten nicht ernst genommen werden. Ernstzunehmen ist natürlich der Schaden, den sie anrichten können. Aber als Diskussionspartner kann man sie nicht mehr ernstnehmen.

Unter welchen äusseren, militärpolitisch – strategischen Voraussetzungen hat der ausserordentliche Parteitag dieser Bundesratspartei in Bern eine Volksinitiative beschlossen, die die Reduktion unserer Militärausgaben um die Hälfte binnen fünf Jahren verlangt? Kaum ein paar Tage, nachdem der den zivilisierten Nationen durch die irakische Diktatur aufgezwungene Krieg um Kuwait mit einer Waffenruhe beendet worden war. Und nur Wochen nach der Zuspitzung der Lage der in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ihre staatliche Unabhängigkeit beherrschenden Balten als Folge unverhüllter sowjetischer Gewaltanwendung. Diese vielsagenden Ereignisse sind für die schweizerischen Sozialdemokraten wohl nur «des accidents de parcours», wie ein schlecht beratener französischer Minister 1968 den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei herunterspielte. Dabei handelt es sich bei der einen wie der anderen Krise um sehr wohl bezeichnende Vorgänge. Sie rufen Realitäten nachdrücklich in Erinnerung, vor denen eine an unserer Regierung beteiligte Partei die Augen leichtfertig, ja schuldhaft verschliesst.

Die potentielle militärische Bedrohung besteht fort, und man muss hinzufügen, dass sie in verschiedener Hinsicht unverändert fortbesteht. Um eine wirtschaftlich gewiss nicht zu den führenden und höchstentwickelten Nationen zäh-

lende Regionalmacht, der bereits ein langjähriger Krieg mit mehr als einer Million blutiger Verluste anzulasten war, zur Reason zu bringen, mussten die Kräfte von 29 Staaten mobilisiert, über teils grosse Distanzen verschoben, bereitgestellt, längere Zeit an Ort trainiert, mit wirklich nicht vorstellbaren Mengen an Munition versorgt und ins Gefecht geworfen werden. Die militärischen Konsequenzen sind für den irakischen Aggressor verheerend, die Verluste der den Rechtszustand wiederherstellenden Koalition einmalig gering, der Aufwand jedoch enorm. War das denn der letzte aus derartigen Gründen unvermeidlich gewordene Krieg? Nur naive Gemüter glauben das, diejenigen zum Beispiel, die die Brisanz der ungebrochenen demographischen Entwicklung in weiten Teilen der Welt nie in ihrer ganzen Tragweite ermessen haben.

Obwohl der irakische Schauplatz bei der heutigen Leistungsfähigkeit und Reichweite von Waffen und Transportmitteln für schweizerische Begriffe gewiss nicht «am anderen Ende der Welt» liegt, sind für unsere Sicherheit potentielle militärische Gefahren, die sich aus Entwicklungen auf der eurasischen Landmasse ergeben können, relevanter. Diese zu erkennen ist bei nüchterner Betrachtung nicht schwer, übersteigt aber offensichtlich die geistigen Fähigkeiten der derzeitigen Führung der Sozialdemokratie. Die Sowjets setzen ihre nukleare Aufrüstung praktisch ungebremst fort. Sie sind nuklearstrategisch der anderen Supermacht, den USA, in relevanten Bereichen partiell überlegen. In die Herstellung eines zahlenmässigen Gleichgewichts bezüglich der konventionellen Hauptwaffen – Panzer, Artillerie, Flugzeuge – im Raum vom Atlantik bis zum Ural haben sie eingewilligt. Aber der am 19. November 1990 unterzeichnete CFE-Vertrag hat sie nicht daran gehindert, beträchtliche Teile ihrer unter die Beschränkungen dieses Vertrages fallende Waffenbestände hinter den Ural zu evakuieren. Ob der Vertrag in die Tat umgesetzt wird, ist zurzeit fraglich. Die System- und Wirtschaftskrise der sowjetischen Abart des Sozialismus manife-

stiert sich in einem Machtkampf, der in vollem Gange ist. Dessen Ausgang ist überaus ungewiss. Die Geschichte jedenfalls lehrt, dass schwerbewaffnete Grossreiche eine Gefahr darstellen, wenn sie auseinanderzuberechnen drohen. 1914 insbesondere vermittelt drastischen Anschauungsunterricht.

Die sich bemerkenswerterweise immer noch – wie die sozialistischen Funktionäre im Osten – mit «Genosse» anredenden SPS-Delegierten empfehlen unserem Volk unter diesen Voraussetzungen, eine Halbierung der Militärausga-

ben verfassungsmässig festzulegen. Man kann über die Höhe der Militärausgaben in der Tat diskutieren, und man sollte sie der Lage anpassen. Aber diejenigen, die Exponenten der SPS, die die mittlerweile von den Sowjets selbst eingestandene Hochrüstung der Sowjetunion in den 80er Jahren konsequent unterschätzt oder geleugnet haben, sind wirklich nicht berufen, zu bestimmen, welche Sicherheitsbedürfnisse die Schweiz in fünf Jahren haben wird. Dazu taugen sie nicht, und entsprechend verantwortungslos ist ihr Vorgehen.

Dominique Brunner

P wie penibel

Die Auflösung des Geheimdienstes P 27 und die sagenhafte Enttarnung des P 27-Chefs und Generalstab-Obersten Ferdinand Jakob Knecht macht betroffen. Nicht etwa deshalb, weil hier ein subversiver James-Bond-Ring ausgehoben und ans Medienlicht gezerrt worden wäre; sondern betroffen macht das geile Mediengetzeter über angeblich undemokratische, der parlamentarischen Kontrolle entzogene Wühlmäuse mit dem Schweizer Kreuz auf dem patriotischen Rücken.

Denn Hand aufs Herz: Hätten nicht die gleichen Journalisten zur Hatz geblasen auf unseren Staat und seine Schützer, die nun einmal auf äusserste Diskretion angewiesen sind, wenn im Kriegsfall keine Nachrichtenorganisation vorhanden gewesen wäre? Was hätte man in unserer angeblich so sehr dem Gemeinwohl verpflichteten Presse wohl an Hasstiraden gegen unsere Armee lesen müssen, hätte diese nicht vorgesorgt für den Fall, dass eben die normalen Kommunikationsstränge abgeschnitten und die im Rampenlicht stehenden Staats- und Militärrepräsentanten möglicherweise bereits liquidiert gewesen wären? Blauäugigkeit, schändliches Unvorbereitetsein für den Kriegs- und Katastrophenfall, weg mit dieser Armeeführung: Das wären wohl nicht die mildesten Schlagzeilen gewesen.

Die geheime EMD-Nomenklatura braucht nun einmal den Schutz völliger Anonymität; dies hat überhaupt nichts zu tun mit fehlendem Demokratieverständnis oder mangelndem Fingerspitzengefühl für den Mann von der Strasse, der ei-

ne uneingestandene Abneigung gegen den Militärapparat hat und damit übersensibel reagiert, sobald ihm die Presse irgendeinen hochgeputzten Skandal unter die Nase reibt.

Nachgerade betroffen macht die Serie von EMD-Enthüllungen, die gar keine sind. Der notwendige Reformprozess im Zuge der Ost-West-Entspannung wird dadurch verzögert, das EMD verkrampft sich, blockt ab oder gibt Geheimnisse preis, was näher beim Landesverrat liegt als effektive Verschwörungen, von denen wir bis heute nichts hörten und die wohl gar nie existierten. Da mögen gewisse frustrierte EMD-Beamte, die die Presse mit süssen Landesverrat-Früchten bedienen, noch so eifrig selber Landesverrat anstreben; Die Landesverteidigung wird durch das Gekläff nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Viel eher sind es jene Politiker, die im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen Entrüstung über die angebliche Unterwanderung der Schweiz zeigen und dabei nicht merken, wie lächerlich, wie blauäugig und unaufrichtig sie sind.

P wird dann nicht nur zum Kürzel für den Geheimdienst, sondern auch für eskalierende Peinlichkeit, ungläubwürdige Presseleute und unaufrichtige Parlamentarier. Ein Prosit übrigens auf die P-Nachfolgeorganisationen, die sich für einen gut gerüsteten Staat nolens volens aufdrängen. Denn wehe, wenn ein Journalist der-einst die Ungeheuerlichkeit aufdecken müsste, dass unser Kleinstaat völlig unvorbereitet ist für den Fall X!

Fourier Jürg Morger, Wallisellen